

 **Bundesministerium
Inneres**

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.326.712

Wien, am 11. Juni 2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Christian Hafenecker, MA hat am 11. April 2025 unter der Nr. **1074/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Welche Österreicher stehen auf den „Listen der ukrainischen Staatsfeinde“?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 und 9:

- *Gab es bisher eine öffentliche Verurteilung der „Mirotworez“-Datenbank sowie der Seite „Molfnar“ durch die österreichische Bundesregierung oder österreichische Regierungsvertreter?*
 - a. *Wenn ja, wann und in welcher Form?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht und ist dies geplant?*
- *Wurde auf die ukrainische Regierung und die ukrainischen Behörden auf Löschung dieser Seiten oder zumindest der Daten österreichischer Staatsbürger hingewirkt?*
 - a. *Wenn ja, wie konkret?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
 - c. *Wurde diesbezüglich der ukrainische Botschafter in Wien einbestellt?*
 - i. *Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*
 - d. *Ist der österreichischen Botschaft in Kiew vorliegender Sachverhalt bekannt?*

- i. *Wenn nein, warum nicht?*
- ii. *Wenn ja, was unternimmt die Botschaft in Kiew konkret, um dagegen vorzugehen?*
- e. *Wie lautet die offizielle Stellungnahme/Rechtfertigung der ukrainischen Regierung zur Existenz besagter Seiten?*
- f. *Wurden nach Kenntnis Ihres Ressorts innerhalb und außerhalb der Ukraine Verfahren gegen genannte Seiten eingeleitet?*
- g. *Haben Sie bzw. hat Ihr Ressort besagte Webseiten und die Veröffentlichung personenbezogener Daten österreichischer Staatsbürger in Gesprächen mit Vertretern der Ukraine thematisiert?*
 - i. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*
- h. *Welche Behörden, Stellen, Dienste, Institutionen bzw. Organisationen in der Ukraine benutzen nach Kenntnis Ihres Ressorts die auf besagten Webseiten veröffentlichten personenbezogenen Daten, und mit welchem Zweck?*
- *Haben österreichische Regierungsvertreter auf die Deklarierung von ORF-Korrespondent Wehrschütz als „Staatsfeind der Ukraine“ in irgendeiner Art und Weise reagiert?*
- *Inwiefern sieht die Bundesregierung, respektive Ihr Ressort, durch die Fälle „Mirotworez“ und „Molfnar“ die österreichisch-ukrainischen Beziehungen belastet?*
 - a. *Ist die Bundesregierung bereit, finanzielle und auch sonstige Hilfen für die Ukraine zurückzunehmen oder zu stoppen, solange es seitens der Regierung in Kiew keine Bereitschaft gibt, gegen besagte Seiten und die Veröffentlichung personenbezogener Daten österreichischer Staatsbürger, insbesondere Journalisten und Politiker, vorzugehen?*

Die Beantwortung der Fragen fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres, weshalb ich von einer diesbezüglichen Beantwortung Abstand nehme.

Zu den Fragen 4 bis 8:

- *Sind Ihrem Ressort besagte Seiten und Listen bekannt und zugänglich?*
 - a. *Was wird seitens Ihres Ressorts und der DSN konkret unternommen, um gegen die Seiten und damit verbundene Fahndungs- und Todeslisten vorzugehen?*
 - b. *Steht oder stand Ihr Ressort bzw. die DSN mit betroffenen Österreichern, die auf diesen Listen/Seiten genannt werden, diesbezüglich in Kontakt?*
 - c. *Verfügt Ihr Ressort bzw. die DSN über eine Strategie oder Maßnahmen zum Umgang mit diesen Listen?*

- *Ist Ihrem Ressort bekannt, dass zumindest die Seite „Molfar“ unter anderem vom „European Endowment for Democracy“ (EED) unterstützt wird?*
- *Ist Ihrem Ressort bzw. der DSN bekannt, welche österreichischen Politiker sich auf genannten Webseiten und Listen wiederfinden (Bitte um Nennung)?*
 - a. *Welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese zu schützen?*
- *Ist Ihrem Ressort bzw. der DSN bekannt, wie viele österreichische Staatsbürger auf genannten Webseiten und Listen gelistet sind?*
 - a. *Welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese zu schützen?*
 - b. *Hat Ihr Ressort auf technischer Ebene Kenntnis von Maßnahmen zum Schutz von österreichischen Staatsbürgern, deren persönliche Daten auf besagten Seiten enthalten sind?*
- *Sind Ihrem Ressort bzw. der DSN Anschlagspläne gegen Roman Haider und/oder andere heimische Politiker bekannt, die sich aus den Informationen besagter Seiten ergaben?*
 - a. *Wenn ja, haben Sie bzw. hat Ihr Ressort diese Vorfälle in Gesprächen mit Vertretern der Ukraine thematisiert?*
 - i. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*

Der Verfassungsschutz dient gemäß § 1 Absatz 2 Staatsschutz- und Nachrichtendienst-Gesetz unter anderem dem Schutz der Bevölkerung vor terroristisch, ideologisch oder religiös motivierter Kriminalität, Gefährdungen durch Spionage und nachrichtendienstliche Tätigkeit. Von der Bekanntgabe spezifischer Ermittlungen beziehungsweise Maßnahmen muss aus taktischen Gründen und aufgrund der Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit Abstand genommen werden. Durch das Bekanntwerden, dass in einem bestimmten Bereich Ermittlungen geführt werden oder nicht, könnten aktuelle oder zukünftige Ermittlungen konterkariert und die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erheblich erschwert oder in gewissen Bereichen unmöglich gemacht werden.

Gerhard Karner

